Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik
Endowed Centre for European Security Studies
www.european-security.info

Analysestandpunkt 2 (Dez. 2005)
Analytical Standpoint, no. 2 (Dec. 2005)

Herausgegeben von/edited by Alexander Siedschlag

Europäisches Krisenmanagement

Bericht zum ersten Europäischen Sicherheits-Congress Innsbruck (ESCI), 9.-11. September 2005

Alexander Siedschlag/Jodok Troy[*]

Europa als zivil-militärischer Krisenmanager

Ziviles Krisenmanagement ist nicht erst seit den tragischen Naturkatastrophen der letzten Zeit ein bedeutendes Element europäischer Außen- und Sicherheitspolitik, sondern spielt vor allem bei der internationalen Konfliktbewältigung eine zunehmend wichtige Rolle. Dem trug der erstmalige Europäische Sicherheits-Congress Innsbruck (ESCI) vom 9.-11. September 2005 Rechnung, veranstaltet von der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik an der Universität Innsbruck. Als Veranstalter haben wir uns dabei bemüht, ein breites Spektrum der verschiedenen Möglichkeiten des Zusammenwirkens

Das Konferenzplakat in der Aula der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

---

[*] Alexander Siedschlag ist Inhaber der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Jodok Troy ist wissenschaftlicher Assistent an der Stiftungsprofessur. Homepage: www.european-security.info, E-Mail: mail@european-security.info. Der Tagungsbericht basiert teilweise auf Mitschriften von Dorothea Winckler. Vielen Dank an Anita Kuprian, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur, für die Durchsicht des Manuskriptes.

sicherheitspolitischer Akteure aus praktischer und theoretischer Sicht zu bieten. Dieses Konzept entspricht der neueren Entwicklung der Diskussionen über europäische Sicherheitspolitik: An die Stelle der Erörterung verschiedener Modelle für eine „Finalität“ der sicherheitspolitischen Integration Europas sind in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion weitgehend die funktionale Bedrohungsanalyse und die daraus erwachsenden spezifischen Anforderungen – beispielsweise an zivil-militärisches Zusammenwirken – getreten.

Trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten innerhalb der Europäischen Union kann gerade die seit 1998 bestehende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf eine fortschreitende Vertiefung zurückblicken. Regen Diskussionsstoff lieferten in dieser Hinsicht die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 und die in ihr festgeschriebene Absicht der Europäischen Union, sich als nach innen kohärenter und nach außen global handlungsfähig werdender Akteur für die Schaffung eines „sicheren Europa in einer besseren Welt“ proaktiv einzusetzen. Will sich die EU sicherheitspolitisch künftig in der Tat als „globaler Akteur“ engagieren, so erfordert dies in erster Linie gemeinsame Standpunkte und den Willen ihrer Mitgliedstaaten, auch die entsprechenden Mittel dafür aufzubringen.

Das Verhältnis der Europäischen Union zu den USA wurde vor diesem Hintergrund auf ESCI 2005 genauso kontrovers debattiert wie der Einsatz militärischer Mittel zur Konfliktbearbeitung. Anhand verschiedener Fallbeispiele von Kosovo bis Afrika ging der Kongress den Herausforderungen gegenwärtigen internationalen Krisenmanagements nach – dem Veranstaltungsort entsprechend auch mit Fokus auf Österreich als kommendem Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006. Ebenso ist mittelfristig ist mit einer stärkeren Beteiligung der Alpenrepublik an Einsätzen im Rahmen der Europäischen Union zu rechnen. Nicht zuletzt deshalb, weil Österreich über viel Erfahrung auf diesem Gebiet verfügt und auf eine lange Tradition der Beteiligung an internationaler Friedenssicherung zurückblicken kann. Die Möglichkeiten kleinerer Staaten wie Österreich, sich am zivil-militärischen Krisenmanagement wirkungsvoll zu beteiligen, liegen ganz besonders auf der europäischen Ebene und hängen vom Erfüllen der Gütekriterien ab, die im Rahmen der EU, aber ebenso im Rahmen des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ gemeinsam festgelegt sind.

Europäische Sicherheit als Krisenmanagement und Konfliktprävention – Begriffe und Gütekriterien

Insbesondere auch politische Gütekriterien gilt es in der Europäischen Sicherheitspolitik zu definieren und einzuhalten. In einer Zeit allgemeiner Ausfransung des Sicherheitsbegriffes wird Sicherheitspolitik allerdings immer mehr zur Symbolpolitik, und für die Erreichung eines symbolischen Ziels gibt es weder intersubjektive Methoden noch systematische Bewertungsmuster. Damit einher geht nicht zuletzt die Abwertung der im engeren Sinn sicherheitspolitischen Forschung. Diese gilt gemeinhin nicht mehr als eigene Wissenschaft, sondern es

entwickelt sich eine immer deutlichere Tendenz hin zu einer recht diffusen Risikopolitikforschung. Als vorgeblich allgemein gültige Maßstäbe für Sicherheitspolitik fungieren immer mehr Ausnahmeereignisse wie „9/11“. Der Mangel an eindeutigen Positionierungen und Abgrenzungen trifft aber nicht nur auf die Wissenschaft zu. Die ESVP umfasst nach wie vor immer auch die nationalstaatlichen Positionen der 25 Mitgliedsstaaten der EU, weshalb es an gemeinsamen und grundsätzlichen Zielen mangelt und gleichzeitig an Prinzipienerklärungen Überfluss herrscht. Deshalb bedarf die Entwicklung gemeinsamer sicherheitspolitischer Zielsetzungen Europas einer sicherheitspolitischen Integrationspolitik und nicht lediglich einer Strategie der gemeinsamen Bedrohungsdefinition, wie sie die ESS letztendlich darstellt.

Ein Grundanliegen von ESCI 2005 war daher die Klärung von Begriffen aus dem Bereich der Sicherheitspolitik sowie die Frage nach jeweils begriffsentsprechend erforderlichen Problemlösungskapazitäten. Demgemäß war das Eröffnungspanel der Thematik *„Konzepte des Krisenmanagements und der Konfliktprävention“* gewidmet. Die Leitung oblag Otmar Höll (Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien). Wo liegen die Stärken und Schwächen der verschiedenen Ansätze auf der operativen Ebene und können unterschiedliche Konzepte in Konflikt zueinander geraten? Was sind die effektivsten Instrumente, Methoden und Maßnahmen zur Krisenprävention? Wie effektiv kann ein europäisches Krisenmanagement außerhalb der NATO funktionieren? Welche Bedeutung kommt der „Präemption“ in diesem Kontext zu? – An diesen Fragestellungen orientierte sich das Podium.

Alexander Siedschlag bei seiner Eröffnungsrede und die Teilnehmer des ersten Podiums (v.l.n.r.): Othmar Höll, Mark Franken, Jörg Kunze und Reinhardt Rummel

Jörg Kunze (Verteidigungsattaché der Deutschen Botschaft in Wien) ließ die wichtigsten Elemente des europäischen Krisenmanagements aus deutscher Sicht Revue passieren. Seiner Meinung nach spielen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die NATO, insbesondere die NATO Response Force (NRF) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit den so genannten Petersberg-Aufgaben eine wesentliche gemeinsame Rolle. Wichtiger operativer Bestandteil der ESVP seien die Battle Groups, eine schnelle Eingreiftruppe für das Krisenmanagement der Union. Als wesentlich erachtete Kunze dabei das Zusammenspiel von NATO und EU im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens, das den Rückgriff der EU auf NATO-gemeinsame Fähigkeiten (z.B. Einsatzplanung und Einsatzführung) ermöglicht.

Inwiefern nimmt in diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland Anteil? Wo liegen ihre Beiträge zum europäischen Krisenmanagement? – Zunächst beteiligt sich die Bundesrepublik sehr stark an der Bekämpfung des Terrorismus, den die Europäischen Sicherheitsstrategie als eine von fünf Hauptbedrohungen für den Weltfrieden identifiziert. Dies geschieht vor allem durch die Bündelung der jeweiligen Kompetenzen der einzelnen Ressorts bzw. Ministerien. Darüber hinaus sind deutsche Streitkräfte unter anderem an den Auslandseinsätzen in Afghanistan und im Kosovo aktiv beteiligt. Schließlich beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an diversen Beobachtermissionen.

Reinhardt Rummel (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) betonte das allgemein große Verständnis der Bevölkerung für die Notwendigkeit von Sicherheitspolitik. Im Bereich der Konfliktprävention existiere auf internationaler Ebene zwar noch kein fertig ausgearbeiteter Ansatz, aber es gebe einen Lessons-Learned-Prozess. Weiter intensiviert werden müssen Rummels Einschätzung nach Überlegungen über das „Danach“, d.h. über das Management von Post-Conflict-Situationen, wie die aktuellen Situation im Kosovo deutlich mache. Sicherheitspolitische Probleme verschieben sich Rummels Analyse nach auch immer mehr weg von einer regionalen, hin zu einer horizontalen Natur. Das heißt aber zugleich, dass es eines horizontalen sicherheitspolitischen Problemlösungsansatzes bedarf. Der „effektive Multilateralismus“ im Sinn der Europäischen Sicherheitsstrategie gilt Rummel als ein möglicher Ansatz dafür. Zugleich argumentierte Rummel für eine stärkere Verbindung regionaler und horizontaler Herausforderungen in der Sicherheitspolitik, da die Umsetzung von Krisenbewältigungsstrategien immer nur lokal erfolgen könne. Gefordert sei also ein verstärktes: „think global, act local“. Die USA wie auch die EU müssten vermehrt Verantwortung übernehmen, um Sicherheit letztlich auch effektiv gewährleisten zu können. Gerade die EU hat Rummels Auffassung nach die Chance, in ihrem Ansatz Fehler zu vermeiden und nachhaltiges Krisenmanagement, Konfliktprävention und umfassende Sicherheitspolitik von Anfang an zu betreiben.

Ein weiteres einschlägiges Konzept der Konfliktprävention ist jenes des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali. Er bezeichnete Prävention als ein Paket von Kapazitäten und Maßnahmen. Die Frage, die es auf der Grundlage solch eines Konzeptes für die EU zu beantworten gilt, ist, ob sie einerseits über die nötigen Kapazitäten verfügt und ob sie andererseits in der Lage ist, diese in effektive Maßnahmen umzusetzen. Rummels Einschätzung zufolge verfügt die EU mit der Schaffung der ESVP jedenfalls über ein eigenständiges Konzept der Krisenprävention. Deutlich wurde dabei aber auch: Konzepte, und mögen sie auch noch so durchdacht sein, sind in aller Regel auf eine bestimmte Region wie beispielsweise Europa beschränkt und verkennen somit die Tatsache, dass Sicherheit gerade heute als globales Problem betrachtet werden muss. Insofern können Krisenmanagementkonzepte nur dann wirklich effektiv sein, wenn sie global und universell ausgerichtet sind.

Nichtsdestotrotz bieten sich gerade in diesem Bereich Möglichkeiten für die EU, mehr globale Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich an einem Konzept des nachhaltigen Krisenmanagements und der nachhaltigen Konflikt-

prävention orientiert, wie Rummel ausführte. Dieser Ansatz besteht aus drei Charakteristika: Er ist multilateral (internationale Standards für internationale Beziehungen), inklusiv (Kooperation mit den entsprechenden Staaten) und integrativ (Einsatz militärischer, polizeilicher und ziviler Instrumente). Wenn diese Anforderungen erfüllt sind, können Konfliktmanagement und Konfliktprävention die Basis für eine effektive Entwicklungspolitik sein, die wiederum eine Grundlage von globaler Sicherheit ist.

Abrundend stellte Mark Franken (Nachwuchssprecher der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung) die drei Stufen der Prävention (primäre, sekundäre und tertiäre Prävention) als theoretische Grundlage vor. Dieses Stufenmodell versteht Konfliktprävention als Konzept zur Verhinderung eines gewaltsamen Konfliktaustrags und baut auf der Differenzierung der Prävention bei Krisensituationen in General- und Spezialprävention auf. Während die Generalprävention bereits weit vor der Eskalation der Krise einsetzt und unter anderem darauf abzielt, die Wahrnehmungen und Einstellungen der Konfliktparteien zu verändern, ist die Spezialprävention in der sekundären Prävention verortet – also in der unmittelbaren Phase vor und während des Konfliktaustrages. Zusammenfassend bezeichnete Franken die Generalprävention, die als primäre Prävention zum frühestmöglichen Zeitpunkt einer Krise einsetzt und sich als Querschnittsaufgabe versteht, als wesentlichstes Instrument für das Krisenmanagement der Europäischen Union. Das erste Panel schloss also mit einem breiten Spektrum an Konzepten und Umsetzungsmöglichkeiten in der EU und bildete einen spannenden Auftakt für die weiteren Vorträge und Diskussionen.

Bedrohungsmanagement und seine praktischen Konsequenzen

Das darauf folgende Panel zum Thema *„Funktionale Bedrohungsanalyse und Anforderungen an zivil-militärisches Zusammenwirken“* war mit Praktikern des Krisenmanagements besetzt, die allesamt ihre weit reichenden Erfahrungen auf diesem Gebiet einbringen konnten. Eine der Leitfragen lautete, ob die Etablierung eines Dialoges mit diversen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die mögliche Institutionalisierung dieses Dialoges geeignete Mittel darstellen, um zu Synergieeffekten zu gelangen und die Effektivität von Peace Building zu steigern.

Dieser Frage wandte sich besonders Wolfgang Peischel (Bundesministerium für Landesverteidigung Wien, Leiter Struktur- und Programmplanung) zu. Er stellte zunächst den Zusammenhang von äußerer und innerer Sicherheit dar: Zur Wahrung der äußeren Sicherheit im Inland ist die Wahrung der inneren Sicherheit im Ausland notwendig. Bei ebendieser Wahrung innerer Sicherheit im Ausland kommt den verschiedenen NGOs eine tragende Rolle zu. Einen Alleingang von NGOs jedoch erachtete Peischel als nicht effektiv; denn der Schutz beispielsweise von Lebensmitteltransporten im Krisengebiet sei nur in Kooperation mit dem Militär zu bewältigen. Als Konzept für die zivil-militärische Zusammenarbeit im Krisenmanagement vor Ort stellte er CIMIC (Civil-Military

Co-operation) vor, das auch bei ESVP-Operationen Anwendung findet. Vergleichend dazu nannte er die parallele Form der Kooperation im Inland ZMZ (zivil-militärische Zusammenarbeit), die vor allem bei der Flutkatastrophe in Tirol und Vorarlberg im August 2005 zum Einsatz kam.

Daraufhin berichtete Alexander Gstrein (Kompaniekommandant des Jägerbataillons 24 in Tamsweg im Lungau) von seinen Erfahrungen auf dem Balkan. Er stellte ein ganz anderes Konzept von zivil-militärischer Kooperation vor, die so genannten LOT-Häuser. Hierbei handelt es sich um Wohnhäuser in einer Siedlung im Krisengebiet, in diesem Fall Bosnien, in welchen Militärangehörige als „Brandmelder“ Tür an Tür mit der Bevölkerung leben. Dieser direkte Kontakt zur Bevölkerung ermöglicht es, frühzeitig Gefahren und Bedrohungen zu erkennen und direkt auf die Menschen im Krisengebiet einzugehen. Die Verbindung nach „unten“ und „oben“ hat somit den Vorteil einer schnellen Erkennung von Gefahren, was eine schnellere Reaktion von politischen Eliten und internationalen Organisationen ermöglicht.

In seiner anschließenden Keynote Speech erweiterte Friedrich W. Korkisch (Institut für Außen- und Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien) die Perspektive hin auf die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft und ging der Frage nach: *„Was müssen die Europäer über die USA wissen, wenn auch sie sich zunehmend global engagieren möchten?“* Will Europa in der Welt Frieden stiften, so Korkisch, muss man sich zunächst des Interesses daran klar werden und in einem weiteren Schritt den Umfang und die Reichweite (auch geographisch verstanden) festlegen. Aktuell verfügt die EU weder über „global reach“, noch über „global power“. Die USA zeichnen sich im Unterschied zu Europa durch ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein aus, das die europäische Tradition nicht kennt. Eine Art nationales Interesse fehlt der EU, genauso wie die „eine“ Geschichte der USA. Vielmehr gilt auch für das „Friedensprojekt EU“, so Korkisch weiter, dass es stets ein ziemlich einseitiges war – nämlich „links und rechts des Rheins“. Wenn die EU in umfassenderem Sinn ein Global Player sein will, als der, der sie im Moment in wirtschaftlicher Hinsicht ist, müsse sie auch bereit sein, mehr dafür zu investieren. Die Europäische Sicherheitsstrategie bietet dafür Korkischs Einschätzung nach keine Lösungsansätze; denn wenn Strategie immer nur im Hinblick auf zivile und politische Maßnahmen diskutiert wird, erwächst daraus ein Mangel an der Auseinandersetzung mit Fragen militärischer Fähigkeiten und Perspektiven. Soft Power alleine hilft nicht weiter, schloss Korkisch: Will die EU „mehr“, lassen sich größere Investitionen im Bereich „hard power“ auf Dauer nicht vermeiden.

Ekkehard Griep (Leiter Militärische Lage im Auswärtigen Amt, Berlin) bezeichnete es in seiner Keynote Speech *„Beiträge von Streitkräften zum internationalen Krisenmanagement anhand von Beispielen aus der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“* als ein hohes politisches Gut, wenn internationale Einsätze von Streitkräften nicht innenpolitisch zerstritten werden. Gerade in Deutschland herrscht dabei ein weitgehender Konsens. Die Bundeswehr war im September 2005 mit einem Kontingent von 6 197 Soldatinnen und Soldaten an internationalen Einsätzen beteiligt. Legislative Grundlage dafür ist ein Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994. Die Einsätze erfolgen stets im

Rahmen eines Systems „gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ (UNO oder NATO) und erfordern die „konstitutive Zustimmung“ des Bundestages.

Die Bundeswehr ist aber nur eines von mehreren Instrumenten im Rahmen multidimensionalen Krisenmanagements, wobei die Einsätze ein sehr heterogenes Spektrum abdecken. Die Operationen lassen sich in verschiedene Kategorien unterteilen: Post-Conflict Peace Building (etwa im Rahmen der KFOR im Kosovo), Überwachung von Waffenstillstandsabkommen und Einhaltung von Friedensabkommen sowie Terrorismusbekämpfung wie die Operation Enduring Freedom. Deutsche Streitkräfte werden also aktiv zum sicherheitspolitischen Krisenmanagement eingesetzt, jedoch stets in einem multidimensionalen Rahmen.

Schwerpunktregionen

Auf dem nächsten Panel *„Regionale Herausforderungen und Schwerpunkte Europäischer Sicherheitspolitik“* wurde vor allem wirtschaftliche und demokratieentwicklungspolitische Interessen der EU an Konfliktmanagement in, aber auch außerhalb ihrer unmittelbaren Nachbarschaft nachgegangen: auf dem Balkan, in der Ukraine und in Afrika. Nicht nur wertvolle Ressourcen, sondern auch die Erschließung neuer Märkte machen ein Engagement in den genannten Regionen für die EU interessant. Ebenso wurden die zivil-militärischen Kapazitäten der EU hier schon auf die Probe gestellt, wie Henriette Riegler (Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien) am Beispiel des Nation Building auf dem Balkan zeigte. Matthew Rhodes (George C. Marshall European Center for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen) verwies hingegen auf die Beitrittsperspektive für Länder wie die Ukraine, welche sich positiv auf die politische Stabilität auswirke. Beim Themenpunkt Afrika ist die Sachlage jedoch weitaus komplexer, wie Werner Ruf (Universität Kassel, Fachgebiet für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik) darlegte. Hier handelt es sich um ein ganzes Bündel von Interessen, welche die EU auf diesem Kontinent verfolgt; denn nur wenn Afrika ein ökonomisch und kulturell sicherer Kontinent wird, ist dies auch ein Stück Sicherheit für Europa im Hinblick auf die Bereiche Wirtschaft und Migration. Die Instrumente, mit denen in diesen Konfliktmanagementsektoren gearbeitet werden kann, sind vor allem wirtschaftliche und politische Kooperation und diplomatischer Druck im Sinne von Soft Power.

Ein Blick ins Plenum während des Panels „Regionale Herausforderungen und Schwerpunkte Europäischer Sicherheitspolitik“

Institutionelle Zuständigkeitsbereiche

Eine tragende Rolle im europäischen Krisenmanagement der Zukunft werden nicht zuletzt die Innenministerien spielen. Wilhelm Sandrisser (Bundesministerium für Inneres, Wien, Bereichsleiter für internationale Angelegenheiten) begründete dies in seiner Keynote Speech *„Europäisches Krisenmanagement aus der Sicht des Innenressorts“* damit, dass es keine sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr gibt, die nicht auch die Innenressorts betreffen. Das österreichische Innenministerium versucht, nicht nur zu reagieren, sondern verstärkt präventiv zu handeln. Die Kooperationsstrategie dazu umfasst die EU, die Staaten in der Nachbarschaftsregion sowie „Hot Spots“, die gemeinsam mit strategischen Partnern bearbeitet werden. Eine Plattform dafür bildet die „Salzburg-Gruppe“, die auch neue Partner wie Rumänien mit einbezieht, um ein verbessertes operatives Zusammenwirken zu ermöglichen. Die Schwerpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 liegen aus Sicht des Innenressorts dementsprechend gewichtet auf der Kooperation mit den neuen Nachbarn, dem Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, Korruption und Terrorismus, der vollen Implementierung des Schengen-Vertrages in den neuen Mitgliedsstaaten der EU, dem EU-Asylsystem und der internationalen Katastrophenhilfe.

Welche Bedeutung hierbei den *„Europäischen Sicherheitsinstitutionen“* zukommt, wurde ebenfalls auf einem, von Erich Hochleitner (Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik, Maria Enzersdorf bei Wien) moderierten, Panel thematisiert. Besteht in diesem Bereich etwa die Gefahr von „Kompetenzstreitigkeiten“ zwischen den Sicherheitsinstitutionen oder überwiegen die Kooperationspotenziale? Klaus Brummer (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh) fasste die Probleme der europäischen Sicherheitsinstitutionen folgendermaßen zusammen: Sie verfügen über kein einheitliches Sicherheitskonzept, daher gibt es keine strategische Zusammenarbeit, was somit zu Duplizierungen und Ressourcenverschwendungen führt. Darüber hinaus spielen institutionelle Inkonsequenzen und Glaubwürdigkeitsdefizite eine Rolle – im Fall des Europarates zum Beispiel bezüglich Menschenrechten und Demokratie. Brummer wies hierbei auf die Problematik der Aufnahme Russlands in den Europarat hin. Die Kompetenzstreitigkeiten überwiegen damit Brummers Analyse zufolge eindeutig die Kooperationspotenziale, die heute nur schlecht bis ungenügend ausgebaut sind.

Bleibt somit Hard Security eine exklusive Domäne der NATO oder werden auch bisher der Soft Security zugeordnete Akteure wie die EU robuste Maßnahmen in ihr Handlungsrepertoire aufnehmen? Folgt man Olaf Theiler (Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Strausberg, Fachbereich Sicherheitspolitik), so bestehen für die EU mit den Battle Groups durchaus große Kooperationschancen mit der NATO, um sich auch an robusten Operationen zu beteiligen. Dennoch kann auch aus Theilers Sicht das machtpolitische Ungleichgewicht innerhalb der NATO zugunsten der USA nicht verleugnet werden. Theiler bezeichnet es daher als Bringschuld der EU, sich an Operationen zumindest im zivilen Krisenmanagement mit den vorhandenen

Kapazitäten einzubringen. Eine Chance für die EU, um mit den USA als Partner auf Augenhöhe zu kooperieren, sieht er vor allem in der NATO, und zwar auf der Grundlage des Berlin-Plus-Abkommens.

Gunther Hauser (Landesverteidigungsakademie Wien, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik) sondierte die Kompetenzen der europäischen Sicherheitsinstitutionen im Bereich Terrorbekämpfung und legte die im Rahmen der NATO (z.B. Aktionsplan für zivile Notfallplanung und NATO-Anti-Terror-Strategie) sowie der EU (z.B. Anti-Terror-Ermittlungsgruppe bei EUPOL und EU Plan of Action on Combatting Terrorism) vereinbarte Zusammenarbeit dar. Hauser machte auch den Charakter europagemeinsamer Terrorbekämpfung als Querschnittsaufgabe deutlich. Diese umfasst verstärkte Kooperationen der Nachrichtendienste, Austrocknung der Finanzquellen, diplomatische Isolierung des terroristischen Umfeldes und militärische Bekämpfung des Terrorismus. Besonders verwies er auf die Notwendigkeit zivil-militärischer Koordination in der Lagebeurteilung und einer entsprechenden Einbeziehung der Innenministerien.

Europäische Sicherheitsstrategie vs. nationale Sicherheitsstrategien?

Zu Beginn des Panels *„Europäische Sicherheitsstrategie und nationale Sicherheitsstrategien“* warf Moderator Alexander Siedschlag (Universität Innsbruck, Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik) die Frage auf, ob die Europäische Sicherheitsstrategie mehr als der kleinste gemeinsame Nenner der Verteidigungspolitischen Richtlinien der 25 EU-Mitgliedstaaten sein kann. Unter anderem auf dieser Frage baut das Projekt „Strategische Konvergenz“ auf, das Rudolf Logothetti (Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien) vorstellte. Es umfasst einen der Vergleich der sicherheitspolitischen Strategiepapiere von Österreich, Ungarn, Slowenien, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Dabei sollen Gemeinsamkeiten in Interessen und Strategien in Zentral- und Mitteleuropa ermittelt werden. Die lange Tradition der gemeinsamen (politischen) Koordination in diesem Raum wurde durch die regionale Partnerschaft (Salzburg-Gruppe) wieder belebt, die auch als Plattform für gemeinsame Interessen fungieren soll. Gegenseitige Identifikation durch Gemeinsamkeiten ist in einem regionalen Rahmen von fünf Staaten bedeutend einfacher als in der gesamten EU mit 25 Mitgliedern.

Die erste Phase des Projektes „Strategische Konvergenz“ besteht sowohl der Vergleich der fünf Sicherheitsstrategien untereinander als auch mit der Europäischen Sicherheitsstrategie. Für eine umfassende Darstellung müssen aber auch die konkreten Operationen mit einbezogen werden. Dabei zeigt sich bereits im Maßstab der fünf Staaten, dass Mittel und Instrumente oft in Widerspruch zu Zielen und Ambitionen stehen. Gemeinsam sind allen fünf nationalen Sicherheitsstrategien der allgemeine Duktus und die relative Orientierungslosigkeit. Während außer in der österreichischen Strategie bis 1997 eine starke NATO-Perspektive zu bemerken war, richten sich die Staaten der Salzburg-Gruppe heute deutlicher auf die EU aus. Die ungarische Strategie weist dabei am meisten Ähnlichkeit mit der Europäischen Sicherheitsstrategie auf, die

tschechische am wenigsten. Es stellt sich auch die Frage, in welchem Verhältnis die nationalen Strategien zum internationalen System stehen. „NATO first“ ist oftmals nur noch ein Lippenbekenntnis. Allgemein sind die Staaten zu einer Fusion der sicherheitspolitischen Mittel und zur Abgabe von Souveränität, also zu einer Vergemeinschaftung im Konfliktmanagement-Sektor, bereit. Ob daraus allerdings das Leitmotiv „EU first“ erwächst, ist für Logothetti noch offen.

Wolfgang Wosolsobe (Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Abteilungsleiter Militärpolitik) sieht in der Europäischen Sicherheitsstrategie vor allem ein Produkt der Ereignisse des Jahres 2003. Eine „Strategie“ hält, wie Wosolsobe erläuterte, die Mittel und Methoden fest. Das heißt, die „Substanz“ von Sicherheitspolitik und Konfliktmanagement sollte daraus ableitet werden können. Während die österreichische Sicherheitsdoktrin technisch – das heißt im militärstrategischen wie auch taktischen Sinne – vollständig ist, fehlt der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) zum Beispiel ein gemeinsamer Sicherheitsbegriff genauso wie die Klärung des transatlantischen Bezugs. Die technischen Absichten der ESS sollen bis zum Jahr 2010 erfüllt sein, wohingegen die politischen Zielsetzungen immer noch fehlen, vor allem hinsichtlich einer gemeinsamen Bedrohungsperzeption. Gleiches gilt, so Wosolsobe, für den instrumentellen Handlungsrahmen. Insgesamt wird in der ESVP immer noch von einem Souveränitätsansatz ausgegangen, der übersieht, dass die aktuellen Bedrohungen wesentlich breiter sind und keine Rücksicht auf nationale Grenzen nehmen. Der Handlungsrahmen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin ist hingegen breit angelegt. Die hat ESS im Gegensatz dazu einen sehr globalen und allgemeinen Duktus, wobei auch die Herausforderungen im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit noch vermehrter Anstrengungen bedürfen. Sie stellt somit lediglich den Anfang eines langen Prozesses einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU dar, folgerte Wosolsobe abschließend

Wie verhalten sich nationale Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen zur „Europäischen Sicherheitsstrategie“ der EU? Ekkehard Grieps Keynote zum deutschen Fall wirkte auch in die nachfolgenden Diskussionen hinein.

Die sicherheitsstrategische Ausrichtung ist ein andauernder Prozess der Standortbestimmung. Franco Algieri (Universität München, Centrum für angewandte Politikforschung) bezeichnete deshalb die Inhalte der Europäischen Sicherheitsstrategie, die ihm als eine erste allgemeine Zustandsbeschreibung gilt, als eine allgemeine Suche nach einer Grand Strategy. Dabei ist aber noch offen, wann deren Inhalte und Ziele einer Überprüfung unterzogen werden. Wichtig ist, dass gerade die Europäische Sicherheitsstrategie nur in einem

umfassenderen Kontext gelesen und verstanden werden kann. Mit der Einführung der ESVP in die GASP ist die EU keine reine Zivilmacht mehr, eine Vergemeinschaftung der ESVP in Richtung mehr Supranationalität sei aber als unrealistisch einzuschätzen. Dennoch, so betonte Algieri abschließend, wirkt häufig gerade die intergouvernementale ESVP als ein Integrationsmotor der gesamten EU.

Für die Schweiz sind sowohl die EU als auch die NATO bestimmende Organisationen. Die Schweiz wird aber auch weiterhin ihre bewaffnete Neutralität beibehalten, so Stefan Leuenberger (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bern). Trotz einer fehlenden Verbindung der Schweiz mit der ESVP wird es Leuenbergers Einschätzung nach auf absehbare Zeit eine Vertiefung in den Beziehungen der Schweiz mit der EU geben. An Operationen im Rahmen der ESVP wird sich die Schweiz gleichwohl wie bisher nur fallweise beteiligen. Die Interoperabilität soll aber erhöht werden. Insgesamt bilanzierte Leuenberger, dass die Schweiz ihre Kooperationen auf internationaler Ebene erst mit Beginn des 21. Jahrhunderts verstärkt hat, wobei der zukünftige Umfang aber noch zu definieren ist.

Zivile Aspekte

Zivile Aspekte des europäischen Krisenmanagements wurden im Panel *„Zivile Aspekte der Europäischen Sicherheit, insbesondere der ESVP im Spiegel der Herausforderungen tertiärer Prävention“* vertieft, das Wolfgang Dietrich (Program Director, MA Peace, Development, Security and International Conflict Transformation, Innsbruck) leitete. Im Fokus stand dabei tertiäre Prävention, d.h. die Phase des Wiederaufbaus nach der Beilegung einer Krise. Wie Thomas Hajnoczi (Gesandter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Wien) ausführte, liegen die besonderen Kompetenzen der EU vor allem bei Polizeimissionen, die mit Beratung und Monitoring betraut sind. Am Beispiel der Strafrechtsreform in Georgien, die die erste EU-Operation zur tertiären Prävention darstellt, untermauerte Hajnoczi seine Argumentation, dass die EU auch außerhalb ihrer eigenen Grenzen in diesem Bereich gefordert sei.

Philipp Agathonos (Österreichische Vertretung Brüssel, Delegation zum Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union) illustrierte daraufhin den Unterschied zwischen zivilem Krisenmanagement und Zivilschutz. Ersteres erfolgt auf Grundlage politischer Entscheidungen, wohingegen Zivilschutz keiner ausdrücklichen politischen Entscheidung bedarf. Beides greift im EU-Krisenmanagement gleichwohl ineinander; denn der schnelle Wiederaufbau der Infrastruktur im Sinn von Zivilschutz erhöht zudem die Akzeptanz von zivilem Krisenmanagement.

Europäische Sicherheitspartnerschaft

Den letzten Tag der Konferenz eröffnete Horst Siedschlag (1997-2005 Internationaler Stab der NATO, Brüssel, Defence Policy and Planning Division) mit einer Keynote Speech zum Thema *„Perspektiven des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und der Partnerschaft für den Frieden (PfP)“*, die auf vier Thesen aufbaute. Erstens: Vieles, was zum europäischen Krisenmanagement gehört, ist der NATO zuzuordnen. Dies spart einerseits Kosten und vermeidet andererseits unnötige Duplizierungen. Zweitens: Heutzutage ist aufgrund der Vielzahl der Partner der NATO, die sich an Friedensmissionen beteiligen, kein unilaterales Handeln der Allianz mehr vorstellbar. Drittens: Die Beteiligung neutraler Staaten, beispielsweise Österreichs, an Programmen wie der Partnerschaft für den Frieden, ist der Bevölkerung kaum im vollen Ausmaß bewusst. Viertens: Diese Partnerschaftsprogramme stellen einen wichtigen Beitrag zur primären und tertiären Konfliktprävention dar. Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass von diesen Programme sowohl die beteiligten Staaten als auch die NATO selbst profitieren können. Schließlich lebe die euroatlantische Partnerschaft, so Horst Siedschlag, vor allem von ihrer inneren Vitalität und ihrer äußeren Attraktivität.

Sicherheit zuhause

Um den Blickwinkel auf Sicherheit in einem umfassenden Sinn zu richten, wurden im Rahmen von ESCI 2005 auch *Homeland Security und Terrorismusbekämpfung* thematisiert, insbesondere auf einem von Heiko Borchert (Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.) geleiteten Panel.

Henning Hehemann (Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft) zum Beispiel legte das Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit dar. Demnach können Informationstechnologien sowohl auch als Bedrohung oder Konfliktpotenzial wirken. Als Beispiel nannte er unter anderem die Einführung des biometrischen Reisepasses in der EU: Eine informationstechnologische Maßnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung gedacht ist, kann gleichzeitig als Einschränkung der Grundrechte verstanden werden. Dies kann zu einer verminderten Akzeptanz und zur Entfremdung der EU von der Bevölkerung führen. Als vertrauensschaffende Maßnahmen müssen daher die vermeintlichen Einschränkungen transparent, sachlich gerechtfertigt, ausreichend evaluiert durchgeführt und nachträgliche Lernprozesse zugelassen werden.

Mit der speziellen zivil-militärischen Zusammenarbeit im Bereich des inländischen Katastrophenschutzes setzten sich Herbert Biasi (Amt der Tiroler Landesregierung, Landesbaudirektion) und Marcel Innerkofler (Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz, Leiter der Landeswarnzentrale) auseinander. Die rechtlichen Grundlagen hierzu sind bereits europäisiert: Sie ergeben sich sowohl aus Landesrecht (z.B. Katastrophenhilfsdienstgesetz und eine Verordnung der Tiroler Landesregierung, mit der Richtlinien für die Erstellung der Gemeinde- und der Bezirkskatastrophen-

Schutzpläne erlassen werden) und Bundesrecht (z.B. Strahlenschutzgesetz und Mineralrohstoffgesetz) als auch aus EU-Recht, nämlich der so genannten „Seveso II-Richtlinie“ 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen. In Tirol wird das zivil-militärische Zusammenwirken im inländischen Katastrophenschutz auf regelmäßiger Basis geübt. So führt das Land einmal jährlich gemeinsam mit der Sicherheitsdirektion und dem Militärkommando Tirol eine Landeskatastrophenschutzübung durch, die ihrer Organisation nach direkt auf die Einübung von Interoperabilität ausgerichtet ist: Die Federführung wechselt jährlich zwischen Sicherheitsdirektion, Militärkommando und Land, das Übungsszenario wird einvernehmlich festgelegt, die Ausarbeitung der Übung erfolgt unter Beteiligung aller drei Hauptakteure und es besteht eine gemeinsame Übungsleitung.

Arbeitsgruppen

Ausgewählte Themenkomplexe wurden auf ESCI 2005 in vier Arbeitsgruppen vertiefend aufgearbeitet. Die Moderation der Zusammenführung der Einzelergebnisse und die Erweiterung des Horizontes vom Krisenmanagement in der Europäischen Sicherheitspolitik hin zur Ebene kollektiver Sicherheit auf einer globalen Ebene übernahm Hans Köchler (Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Institut für Philosophie). Er regte unter anderem an, die nach wie vor prägende Status-quo-Orientierung des Völkerrechts kritisch zu hinterfragen und das Völkerrecht ebenso wie das UN-System vorausschauend an die Erfordernisse von Krisenmanagement und Konfliktprävention im 21. Jahrhundert anzupassen.

Die Arbeitsgruppe *„Vorstellungen und Fähigkeiten, zivile und militärische Planziele der ESVP, Security Sector Reform als Aufgabe Europäischer Sicherheitspolitik“* (Leitung: Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) diskutierte zunächst die Ziele im Sinne der Headline Goals der EU, die Mittel und den (meist fehlenden) politischen Willen. Sodann wurde gefragt, was die Security Sector Reform überhaupt ist. Es wurde festgestellt, dass dies keineswegs ein neues Konzept ist, und dass über Reform des Sicherheitssektors zunächst immer fallbezogen diskutiert werden sollte – allerdings nicht, ohne deutlich zu machen, welches Idealmodell jeweils zugrunde gelegt wird. Deutlich wurde auch ein oft übersehener inländischer Aspekt von Sicherheitssektorreform als politischem Kulturwandel: Die Legitimation der europäischen Sicherheitspolitik, insbesondere von

Berichterstattung aus den Arbeitsgruppen unter Moderation und Kommentierung von Hans Köchler (2.v.l.) mit Peter Schmidt (l.), Alexander Siedschlag (Mitte), Thomas Roithner (2.v.r.) und Stefan Mair (1.v.r)

(militärischen) Einsätzen wird auch weiterhin auf nationaler Ebene verbleiben, und ein bestimmendes Element der Sicherheitspolitik ist die politische Kultur der jeweiligen Bevölkerung. Diese drückt sich besonders durch die Wahrnehmung toter Soldaten aus der eigenen Bevölkerung aus. Damit einhergehen auch ethische Fragen, wie die Akzeptanz von Verlusten.

Die Arbeitsgruppe *„Spezielle Vertiefung des zivil-militärischen Zusammenwirkens im Krisenmanagement“* (Leitung: Alexander Siedschlag Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik) behandelte primär die EU-interne Organisation von zivil-militärischer Zusammenarbeit. Hinsichtlich einer „Kultur der Koordinierung und Handlung“ bleibt immer zu fragen, ob Erfahrungen auch übertragbar sind. Standards im zivil-militärischen Zusammenwirken sind oft noch wenig vorhanden, da die Zusammenarbeit nach entsprechendem Nutzen erfolgt. Zudem treten oft Hintergrundinteressen im Bereich der Finanzierung in den Vordergrund und behindern eine effektive Zusammenarbeit. Die Zukunft des zivil-militärischen Krisenmanagements wird sich im Wesentlichen in konkreten Operationen vor Ort abspielen. Darüber hinaus gilt es jedoch, verschiedene Interessen und Strukturen zu harmonisieren und nicht zuletzt die Terminologie zu überdenken.

Warum und wie die EU nach Afrika kommt, damit beschäftigte sich die Arbeitsgruppe *„EU/ESVP und Afrika“* (Leitung: Stefan Mair, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin). Neben der Frage „‚Welches‘ Afrika?“ stand die Antwort auf die Frage nach dem „Warum“ im Vordergrund. Die übereinstimmende Auffassung dazu war, dass es das Interesse der EU ist, ihre Normen auch jenseits ihrer geographischen Grenzen zu vertreten. Neben dem allgemeinen strategischen Interesse nimmt das sicherheitspolitische Interesse konkretere Formen, wie etwa in der Terrorismusbekämpfung, an. Dadurch wurde und wird Afrika in Zukunft verstärkt zu einem „Laboratorium“ der EU. Im Zuge dessen wird sich neben der europäischen Entwicklungs- und Handelspolitik auch die Sicherheitspolitik der Europäischen Union verstärkt auf Afrika konzentrieren.

Die Arbeitsgruppe *„Alternative Ansätze europäischer Sicherheitspolitik“* (Leitung: Thomas Roithner, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung) beschäftigte sich sowohl mit der Frage nach den Aufgaben der Streitkräfte im Rahmen der EU als auch mit der Ausgestaltung einer multilateralen internationalen Ordnung auf der Basis des Völkerrechts und der Vereinten Nationen. Betont wurde die Bedeutung einer Bindung der EU an die Vereinten Nationen. Am Beispiel der Politik der EU gegenüber dem Iran und dessen Atomwaffenprogramm wurde aber auch die Doppelbödigkeit der europäischen Politik diskutiert. Übereinstimmendes Fazit war die Forderung nach einer verstärkten Anstrengung auf dem Weg zu einem suprastaatlichen Gewaltmonopol ebenso wie nach einer Stärkung der EU in den Bereichen der Diplomatie und der Wirtschaftspolitik.

Medien und Sicherheitspolitik

Im ESCI 2005 abrundenden Panel *„Medien und Sicherheitspolitik“* (moderiert von Jodok Troy, Universität Innsbruck, Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik) ging es in erster Linie um die Frage, welche Rolle Massenmedien für die Perzeption von Bedrohungen spielen. Rüdiger Michael (Streitkräfteamt – Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr, Bonn) formulierte es folgendermaßen: Massenmedien können und dürfen nicht die alleinigen sicherheitspolitischen Entscheidungsträger sein, sollten aber jedenfalls Einfluss auf diese nehmen. Petra Dorsch-Jungsberger (Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaften und Medienforschung) sah die originären Aufgaben der Medien wie Kontrolle und Kritikformulierung durch die politischen Folgen von 9/11 als gefährdet an. Seit dem darauf folgenden „Patriot Act“ gleiche die US-amerikanische Informationskultur einer „Hofberichterstattung“, die Auslandsberichterstattung sei deutlich marginalisiert und kritische Journalisten würden entlassen oder versetzt. Des Weiteren habe sich die Mehrheit der Presse auf den von der Bush-Administration propagierten „patriotischen Journalisten“ eingestimmt. Die Medienlandschaft der USA hat somit Dorsch-Jungsbergers Analyse zufolge einen Paradigmenwechsel vom investigativen zum patriotischen Journalismus erfahren, der keinen Platz für kritische Berichterstattung lässt. Auf die Rolle der Medien als Agenda-Setter bezog sich Henrike Viehrig (Universität zu Köln, Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik). Demnach entscheiden häufig die Medien, welcher Konflikt es wert ist, beleuchtet zu werden. Viele Konflikte geraten so ins Abseits der öffentlichen Meinungsbildung: Krisen bzw. Konflikte werden erst dann als solche erkannt, wenn eine allgemein anerkannte Diskussion darüber entstanden ist.

Ausblick

Der Erfolg des ersten Europäischen Sicherheits-Congresses Innsbruck besteht angesichts dessen sicher nicht zuletzt darin, dieser Diskussion einen Anstoß zu geben. Dabei wurden die unterschiedlichen Herangehensweisen an Krisenmanagement besonders deutlich erkennbar – und es entwickelte sich eine spannende Plattform der Meinungsvielfalt und des Gedankenaustauschs. Mit dem Europäischen Sicherheits-Congress wird es nunmehr einmal jährlich in Innsbruck eine internationale – und sich Schritt für Schritt weiter internationalisierende – Plattform geben, auf der sowohl Grundlagenfragen als auch aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven europäischer Sicherheitspolitik thematisiert werden. Die Zielvorstellung, Sachverstand aus unterschiedlichen Bereichen zusammenzuführen, um eine Tatsachenfeststellung und eine darauf aufbau-

General Raimund Schittenhelm, Kommandeur der Landesverteidigungsakademie Wien. Bei seinen abschließenden Worten im Namen des Bundesministers für Landesverteidigung

ende Debatte aus sich ergänzenden und gegenseitig erhellenden Blickwinkeln zu initiieren, konnte in die Tat umgesetzt werden.

Im Rahmen von ESCI 2005 sind nicht nur einige Entscheidungsgrundlagen für die kommende österreichische EU-Ratsräsidentschaft aufgearbeitet und expliziert worden, sondern wir waren auch in der Lage, einen wissenschaftlichen Beitrag zur angewandten sicherheitspolitischen Gegenwartsforschung, ja sogar vielleicht Zukunftsforschung zu leisten. Künftig wird das erstmalig im Herbst 2006 erscheinende *Jahrbuch für Europäische Sicherheitspolitik* (Herausgeber: Alexander Siedschlag) unter anderem ausgewählte Beiträge und Ergebnisse des Europäischen Sicherheits-Congresses Innsbruck dokumentieren.

Der Europäische Sicherheits-Congress Innsbruck 2005 wurde veranstaltet mit freundlicher Unterstützung von:

Republik Österreich, Bundesministerium für Landesverteidigung, Direktion für Sicherheitspolitik
Rektor der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck – Tiroler Landesregierung
EADS Defence and Security – Militärkommando Tirol – Offiziersgesellschaft Tirol
LABORATORI ANONIMI Grafikdesign

Vorankündigung

Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik

universität innsbruck

ESCI

EUROPÄISCHER SICHERHEITS-CONGRESS INNSBRUCK

© Dr. Mainardo Tomiselli www.laboratorianonimi.com

II. EUROPÄISCHER SICHERHEITS-CONGRESS INNSBRUCK

LEITTHEMA:
SICHERHEIT IN EINER ÄRA DER TRANSFORMATION –
POLITIK, MANAGEMENT UND FORSCHUNG

29. September – 1. Oktober 2006

Aula der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck
Innrain 52, A-6020 Innsbruck

Informationen und Anmeldung unter
www.european-security.info